

# Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60

## Mitteilung für die Presse

Zur bevorstehenden IWF-Tagung in Berlin schreibt der SPD-Spitzendenkandidat für die Europawahl und schleswig-holsteinische Landesvorsitzende, Gerd Walter, in der morgigen Ausgabe der Braunschweiger Zeitung den folgenden Beitrag:

### Der Text ist frei

Schon lange genügt es nicht mehr nur zu wissen, daß die Länder des Nordens und des Südens aufeinander angewiesen sind. Wer das gemeinsame Schicksal erkennt, muß auch danach handeln.

Bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende September in Berlin könnte der Beweis mit den so dringenden Vorschlägen für einen Ausweg aus der Verschuldungskrise der Dritten Welt erbracht werden. Der IWF und die Weltbank, die sich um Währungsfragen, Kreditvergaben und Entwicklungsprogramme kümmern, stehen in Berlin auch in der Pflicht.

Mehr Menschen als vor zehn Jahren leben heute in der Dritten Welt in absoluter Armut. Der Hunger ist nicht vom Erdboden verschwunden, Gesundheit und Bildung keine Selbstverständlichkeit. Weil es in der Dritten Welt an Geld fehlte, wurden und werden Schulden aufgenommen, die sich kaum mehr abtragen lassen. Über bescheidene Exporte sind die Unsummen für den Schuldendienst nicht aufzubringen. Die Verschuldung ist zum Hemmnis für bessere internationale Wirtschaftsbeziehungen geworden. Sie hat wirtschaftliche Verarmung, soziales Elend, ökologische Zerstörung mit sich gebracht.

Die Auflagen-Politik des IWF und der Weltbank haben dazu beigetragen. Wer Export-Politik, Deflation und die Liberalisierung der Märkte als Sicherheit für Kredite fordert, riskiert leere Staatskassen bei sozialen Aufgaben.

Die Bonner Regierung, mit Sitz und Stimme in beiden UN-Gremien, schweigt dazu. Und die jüngsten Äußerungen der zuständigen Minister, Stoltenberg und Klein, lassen auch kaum Hoffnung auf eine neue Linie aufkommen. Aber das Thema muß auf die Tagesordnung.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gehen andere Wege. Wir Europäer teilen ja mit dem Süden die Abhängigkeit vom Weltmarkt, die Rückwirkungen der Schuldenkrise. Und: Wir haben eine historische Verantwortung, aus der wir uns nicht billig loskaufen können; mildtätige Spenden sind kein Ersatz für eine anständige Nord-Süd-Politik.

Jetzt geht es um die Entschärfung der Zeitbombe Schuldenkrise. Zu einem Konzept für den IWF und der Weltbank müssen die Anpassung des Schuldendienstes an die Zahlungsfähigkeit der Schuldner gehören sowie international verbindliche Vereinbarungen zur Regelung staatlicher Insolvenzen und zur internationalen Kreditaufsicht. Dazu müssen gehören der Schuldenerlaß für die Ärmsten, die weitere Öffnung der Märkte für Exporte aus der Dritten Welt sowie Sozialprogramme.

Und schließlich gehört eine Reform des IWF und der Weltbank dazu, die mit einem demokratischeren Gesicht den weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Aufgaben unserer Zeit entsprechen müssen. In diese Richtung muß in Berlin gedacht werden.